



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Menschen in Not

Eine Herausforderung
für Deutschland und Europa

Resolution dbb Bundesvorstand
Berlin, 15. September 2015

Millionen von Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht: Krieg, politische, ethnische oder religiöse Verfolgung, Naturkatastrophen oder Hunger sind Gründe, ihr bisheriges Leben hinter sich zu lassen und Strapazen und Gefahren auf sich zu nehmen, um in einem anderen Land eine sichere Zukunft zu suchen. Die politische Destabilisierung ganzer Regionen entwickelt sich zu einer massiven Belastungsprobe für Europa.

Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich gemacht, auf welcher grausamen Weise tausende Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, den Tod fanden. Diese menschlichen Tragödien können die europäische Wertegemeinschaft nicht unberührt lassen. Die Flüchtlingsströme sind eine große Herausforderung für Europa, die nur gemeinsam gemeistert werden kann.

Das setzt voraus:

1. Deutschland kann dabei nicht alle Probleme allein lösen. Wenn die Europäische Union ihrem Anspruch gerecht werden will, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch Wertegemeinschaft zu sein, die Solidarität als Grundlage für ihr Handeln betrachtet, dann sind alle Mitgliedstaaten nach ihrer Leistungskraft gefordert.

Die Flüchtlingskrise darf nicht zu Verwerfungen in der europäischen Zusammenarbeit führen. Oberstes Ziel muss es daher sein, für Flüchtlinge europaweit eine menschenwürdige Unterkunft und Versorgung zu garantieren. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und sich auf eine gemeinsame zukunftsfähige Asyl- und Einwanderungspolitik verständigen, denn auch in Zukunft werden Menschen aus aller Welt den Weg nach Europa suchen.
2. Die Entwicklung in Deutschland trifft Bund, Länder und Kommunen. Zusätzliche Unterstützung benötigen die Länder und vor allem die Kommunen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Das gilt kurzfristig für die Registrierung und Unterbringung, langfristig für die Integration Asylberechtigter. Die Politik muss Verfahrensabläufe vereinfachen und tradierte Standards überprüfen. Der dbb wird sich dabei mit dem Sachverstand aller seiner Mitglieder einbringen und fordert die Politik auf, dazu mit ihm in einen Dialog einzutreten. Angesichts des Personalbedarfs sind Qualifikationswege zu flexibilisieren.
3. Wie bei vergangenen großen Herausforderungen auch zeigt der öffentliche Dienst seine Leistungsfähigkeit. Auf allen staatlichen Ebenen – in der Landes- und Bundesverwaltung, vor allem beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Gesundheitsämtern, in der Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung – setzen sich die Kolleginnen und Kollegen angesichts der täglich steigenden Flüchtlingszahlen bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Sie dürfen dabei nicht allein gelassen werden.

Zugleich wird angesichts dieser Herausforderung deutlich, wie sich der seit Jahren herbeigeführte Personalmangel jetzt auswirkt. Die Politik muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen. Art und Umfang des für die Flüchtlinge benötigten Personals dürfen nicht allein an deren Zahl bemessen werden. Denn je nach Herkunft oder bedingt durch psychische oder posttraumatische Belastung kann der Betreuungsaufwand stark variieren. Erste Entscheidungen zur Personalverstärkung sind zu begrüßen, kommen aber zu spät und lassen ein dringend erforderliches und dauerhaft tragfähiges Gesamtkonzept vermissen.

Es ist richtig zu prüfen, ob Mitarbeiter zur Unterstützung der anstehenden Aufgaben in der Flüchtlingsbetreuung abgeordnet werden können. Gegenüber dem Bürger muss Politik dann offen kommunizieren, dass dieses Personal für die bisherige Aufgabe nicht zur Verfügung steht und es bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu Einschränkungen kommen wird.

Ebenso sind Angebote richtig, pensionierte Beamte ausschließlich auf freiwilliger Basis für eine begrenzte Zeit für bestimmte Aufgaben zu reaktivieren. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sind zugleich verpflichtet, den regulären Personalaufwuchs zeitnah sicherzustellen.

4. Die Hilfsbereitschaft der Bürger in Deutschland ist ein ermutigendes Zeichen gegenüber den Berichten über brennende Flüchtlingsunterkünfte. Hass und Gewalt sind einer freiheitlichen Gesellschaft nicht würdig! Überforderung und Konzeptlosigkeit gefährden aber jede Willkommenskultur, für die der dbb steht.

Der dbb tritt ein für Toleranz und Achtung der Menschenwürde eines jeden, der in unser Land kommt und vorübergehend oder auf Dauer unserer Hilfe und unseres Schutzes bedarf.

5. Die zu erwartenden Kosten können deutlich begrenzt werden, wenn Entscheidungen zeitnah vollzogen und Informationen zwischen den beteiligten Institutionen ausgetauscht werden.

Die Finanzierungsdiskussion muss auch eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einbeziehen.

6. Der dbb dankt allen Kolleginnen und Kollegen für vorbildlichen Einsatz und zollt ihnen dafür die verdiente Anerkennung.